

Stand: 27.06.2026 06:02:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2398

"BOS-Digitalfunk in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2398 vom 25.06.2014
2. Beschluss des Plenums 17/2444 vom 26.06.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 26.06.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

BOS-Digitalfunk in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zum Stand des Ausbaus des BOS-Digitalfunks in Bayern zu berichten.

In dem Bericht soll insbesondere auch darauf eingegangen werden,

- bis wann alle für die Funktionsfähigkeit des Netzes erforderlichen Basisstationen in Bayern fertiggestellt und in Betrieb genommen sind,
- wie Probleme bei der Objektversorgung, z.B. in Tunnels und U-Bahnen, aber auch in stark armierten Gebäuden, und der mangelhaften Funkqualität aufgrund topografischer Gegebenheiten (gebirgiges Gelände) gelöst werden, und solange diese Probleme noch nicht behoben sind, in welchem Umfang die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zusätzlich mit analogen Funkgeräten ausgestattet werden müssen,
- ob noch offene Kostenfragen, auch im Hinblick auf die Kostensteigerung für den BOS-Digitalfunk auf mittlerweile über 1 Mrd. Euro, zwischen dem Freistaat und den Trägern der nichtstaatlichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben bestehen und wenn ja, welcher Art diese Kostenfragen sind und wann sie geklärt sein werden,
- ob durch den im Juni 2015 stattfindenden G8-Gipfel in Elmau in Oberbayern und den dadurch vorrangig erforderlichen Netzausbau der Netzausbau in anderen Landesregionen sich zeitlich verzögert,

- ob das Prüfungsergebnis und die Feststellungen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs in seinem Jahresbericht 2013 zur Einführung des Digitalfunks in Bayern noch zutreffen, dass die Teilnahme der nichtstaatlichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben am Digitalfunk nicht gesichert sei,
- warum für die Einführung des Digitalfunks mit dem erhöhten Standard GAN+X Bayern sowie zu den nachfolgenden Entscheidungen zur Vorgehensweise und den Festlegungen der technischen Standards und Ausstattungen keine Alternativen geprüft und keine Nutzen-Kosten-Untersuchung erstellt worden seien,
- warum die im Rahmen der Prüfung des ORH festgestellten Mängel entstanden sind und wer die Verantwortung dafür trägt, wie z.B. für
 - die unzureichende Abstimmung innerhalb des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr zwischen der Projektgruppe „DigiNet“ und anderen Organisationseinheiten,
 - die unzureichende Abstimmung mit der Bauverwaltung bei der Errichtung der Basisstationen,
 - die unzureichende Öffentlichkeitsarbeit bei der Auswahl der Standorte und dadurch die geringe Akzeptanz in der Bevölkerung für die Funkmasten,
 - die unzureichende Zusammenarbeit externer Dienstleister mit Behörden bei der Standortfindung,
 - das fehlende effektive Controlling, da diese Aufgabe sowohl innerhalb der Projektgruppe „DigiNet“ als auch von externen Dienstleistern unabgestimmt wahrgenommen wurde,und welche Maßnahmen ganz konkret bisher mit welchem Ergebnis zur Beseitigung der Mängel ergriffen wurden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/2398

BOS-Digitalfunk in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Helga Schmitt-Bussinger

Abg. Otto Lederer

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Jürgen Mistol

Staatssekretär Gerhard Eck

Abg. Bernhard Pohl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den nächsten Dringlichkeitsantrag auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion (SPD)
BOS-Digitalfunk in Bayern (Drs. 17/2398)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schmitt-Bussinger. Bitte schön, Frau Kollegin. Sie haben das Wort.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist Schlusslicht beim Aufbau des Digitalfunks. So konnten wir in den letzten Tagen in der bayerischen Presse lesen. Nach der massiven Kritik seitens der Polizeigewerkschaften, der kommunalen Spitzenverbände und nicht zuletzt des Bayerischen Obersten Rechnungshofes in den vergangenen Jahren an den vielen Unzulänglichkeiten und Mängeln bei der Einführung des Digitalfunks und insbesondere nach Ihren Reaktionen darauf, verehrter Herr Staatssekretär Eck, habe ich geglaubt, Sie hätten verstanden, Sie würden alles tun, um ab sofort die Einführung des Digitalfunks in Bayern auf einen guten Weg zu bringen, nicht nur verbal, sondern auch tatsächlich. Aber weit gefehlt! Nach wie vor scheint die Einführung der Digitalfunktechnik in Bayern eine unendliche Geschichte zu sein. Herr Staatssekretär Eck, Sie hinken offensichtlich den von Ihnen selbst formulierten Ansprüchen seit Jahren hinterher.

Ich will gar nicht daran erinnern, dass der frühere Innenminister Dr. Beckstein vor über zehn Jahren geäußert hat, die digitale Funktechnik könne zur Fußballweltmeisterschaft – nicht 2014 und nicht 2010, sondern 2006 – genutzt werden. Ich will auch gar nicht darauf eingehen, dass Ihr Vorgänger im Amt, Herr Staatssekretär Eck, im Zusammenhang mit der Aufteilung der Kosten des Digitalfunks das Handtuch geworfen hat.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das war doch eine Bundessache!)

Herr Staatssekretär, Sie und die Kolleginnen und Kollegen von der CSU rühmen sich der Vorteile des Digitalfunks. Sie bestehen zweifellos, und auch wir sehen sie, weswegen wir die Einführung des Digitalfunks gerne mit auf den Weg gebracht hätten, die wir gerne schneller gesehen hätten. Aber auch heute müssen wir Ihnen vorhalten: Sie werden den von Ihnen selbst gesetzten Ansprüchen bis zum heutigen Tag in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Ich sage nur: Beckstein!)

Sie haben weder aus den Fehlern noch aus der massiven Kritik – der ORH sprach immerhin von einem finanziellen Blindflug – gelernt.

Darüber kann auch der Startschuss für den Digitalfunk bei den Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis München in dieser Woche nicht hinwegtäuschen. Die Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis München sind – man höre bitte gut zu – die ersten Freiwilligen Feuerwehren in ganz Bayern, die im Echtbetrieb digital funken, und das, nachdem alle Bundesländer um uns herum und alle europäischen Länder außer Albanien bereits erfolgreich auf den Digitalfunk umgerüstet haben.

Verehrter Herr Staatssekretär Eck, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wie steht es denn bayernweit mit der Umrüstung bei der Polizei, bei den Rettungsdiensten und bei den Hilfsorganisationen? Wie lange muss denn die bayerische Polizei noch parallel analog und digital funken? Wie sieht es denn aus mit der technischen Ausrüstung in U-Bahnen, in großen Gebäudekomplexen, in Einkaufszentren und in Fußballstadien?

Damit verbunden ist die besonders spannende Frage, wer die notwendige technische Nachrüstung bezahlt. Bürden Sie das wiederum den Kommunen in Bayern auf? Ich will nur ein Beispiel aus Nürnberg nennen und berichten, dass die Ausrüstung der Feuerwehr – der Berufsfeuerwehr im Wesentlichen, wohlgemerkt – für die Stadt Nürnberg allein zwei Millionen Euro mehr ausmacht als ursprünglich veranschlagt und die

Stadt Nürnberg nun für ihre Feuerwehren allein sieben Millionen Euro zu finanzieren hat, wobei die Nachrüstung für den U-Bahn-Bereich gar nicht eingerechnet ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag deshalb eine Reihe von Fragen gestellt, auf die wir endlich Antworten haben wollen. Herr Staatssekretär, wir wollen endlich wissen, ob die Standorte gesichert und technisch ausgerüstet sind, ob die Kostenaufteilung geklärt ist, wie sich die Gesamtkosten entwickeln und ob wir bald mit 1,5 Milliarden Euro rechnen müssen. Sind endlich Konsequenzen aus der Kritik des ORH gezogen worden?

Ist der technische Standard zeitgemäß, und wie sieht vor allem der aktuelle Zeitplan aus? Ich habe vorhin den früheren Minister Beckstein zitiert, der von 2006 gesprochen hat. Sie, verehrter Herr Staatssekretär Eck, haben in der letzten Diskussion hier im Hause von 2014 gesprochen. Jetzt hört man schon, 2015 müsse wohl noch mit einbezogen werden. Wie sieht es tatsächlich aus?

Welche zeitlichen Verzögerungen wird es im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel in Elmau in anderen Regionen Bayerns geben? Ist 2015 dann überhaupt noch realistisch, oder ist der Zeithorizont schon in weitere Entfernung gerückt?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Eck, es ist an der Zeit, die Situation nicht länger schönzureden. Das ist das, was wir kritisieren. Geben Sie endlich eine realistische Einschätzung ab. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern Sie auf: Legen Sie die Fakten auf den Tisch.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Legen Sie einen realistischen Zeit- und Kostenplan vor. Gehen Sie fair mit den bayerischen Kommunen um und informieren sie über die aktuelle Situation. Dazu haben Sie Gelegenheit, wenn Sie unserem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als nächster Redner hat Kollege Otto Lederer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem es um den BOS-Digitalfunk in Bayern geht. Ich nehme es vorweg: Die CSU wird diesem Antrag nicht zustimmen,

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Was?)

obwohl es ein Berichtsantrag ist, Herr Professor Gantzer. Ich werde Ihnen auch sagen, weshalb wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Es ist ein Berichtsantrag!)

Ich werde Ihnen sagen, weshalb wir einen Berichtsantrag ausnahmsweise ablehnen. Der Antrag enthält gut ein Dutzend Fragen, die praktisch keine neuen Gesichtspunkte enthalten. Sie, Frau Schmitt-Bussinger, haben vor einiger Zeit selbst einen Antrag gestellt und darauf Antworten erhalten.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Vor zwei Jahren!)

Sie selbst haben die entsprechenden Unterlagen, die uns allen zur Verfügung stehen, vorliegen. In diesen sind bereits ausführliche Berichte enthalten. Allein im Innenausschuss wurde in den letzten vier Jahren zu diesem Thema viermal Bericht erstattet. Ich denke zum Beispiel an die Frage der Kostenbeteiligung und der nichtpolizeilichen BOS: Dazu wurde am 10.06.2013 ein schriftlicher Bericht des Staatsministeriums abgegeben.

Zu den Vorbereitungen für den G-8-Gipfel wurde im April 2014 eine schriftliche Antwort auf die Anfrage des Kollegen Mistol gegeben. Es waren drei Seiten, auf denen fast alle Fragen, die Sie hier stellen, beantwortet worden sind.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sind Sie jetzt der Vertreter der Staatsregierung?)

Darüber hinaus, Herr Kollege Wengert, hat uns an dem Tag, an dem Sie diesen Antrag eingereicht haben, der Innenminister Auskunft darüber gegeben, wie sich der G-8-Gipfel auf die Einführung des BOS auswirkt. Das steht auf Seite 19 des Skripts.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD))

- Ich sage Ihnen doch nur, dass man es dort nachlesen kann. Sie können im Protokoll nachlesen, was er darüber hinaus noch gesagt hat. Das sind die Punkte, aufgrund derer ich sage: Wir sprechen hier von einem Antrag, dessen Fragen in weiten Feldern schon beantwortet worden sind.

(Zuruf von der SPD: Dann können Sie doch zustimmen!)

Darüber hinaus wird gemäß Beschluss des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen jährlich über die Kostenentwicklung berichtet. Diese Berichte können Sie alle einsehen. Ich bitte Sie, das einfach zu tun.

Zusammenfassend ist festzustellen: Von den über 900 Basisstationen in Bayern sind mittlerweile 82 % baulich fertiggestellt. Die Einführung des Digitalfunks wird in keiner Weise irgendwo infrage gestellt. Ich bin mir sicher, dass, wenn der Digitalfunk bei uns in Bayern eingeführt ist, wir damit dann über eine Technik verfügen, mit der wir ein qualitativ hochwertiges Digitalfunknetz haben – wahrscheinlich das hochwertigste in ganz Deutschland. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank. – Als Nächster hat Kollege Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Alle reden vom Digitalfunk. Dort, wo wir den Digitalfunk brauchen, vermissen wir den Digitalfunk, wie zuletzt die Aussage des Einsatzleiters bei dieser Höhlenrettung zeigte. Er sagte: Mit Digitalfunk wäre es wesentlich besser gewesen.

Wir reden dauernd über den Digitalfunk. In der letzten Legislaturperiode stand dieses Thema regelmäßig auf der Tagesordnung des Plenums und auch auf der Tagesordnung des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit.

Fakt ist, dass die Planungen der Staatsregierung wieder nicht eingehalten wurden. Wir haben den Digitalfunk vor vielen Jahren versprochen bekommen, und er sollte längst flächendeckend funktionieren. Er tut es aber nicht.

Die Kosten haben sich von ursprünglich 600 bis 700 Millionen Euro auf über 1 Milliarde Euro entwickelt. Wir wissen heute noch nicht, was letztlich unterm Strich stehen bleibt.

Wenn man draußen zu den Hilfsorganisationen geht und ihnen sagt, aber jetzt kommt der Digitalfunk wirklich, dann erntet man Gelächter; denn niemand glaubt mehr an das, was an Terminen angekündigt wurde und immer noch angekündigt wird.

Auch vom Bayerischen Obersten Rechnungshof wird einiges an Kritik laut. Da wird das Projektmanagement kritisiert, da wird die Kostenentwicklung kritisiert, und es wird die Wirtschaftlichkeit dieses Projekts kritisiert. Nachdem wir als Gesetzgeber die Kontrolle über das Verfahren haben sollten, ist es, glaube ich, angebracht, auch Kritik zu üben.

Ich finde den Fragenkatalog der SPD hervorragend, und deshalb werden wir dem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Es sind noch viele Fragen offen, die in diesem Dringlichkeitsantrag angesprochen wurden. Ich bin auf die Antworten gespannt.

Sehr wichtig erscheinen dabei zwei Punkte. Das ist zum einen die Öffentlichkeitsarbeit. Diese ist zwar ohne Zweifel besser geworden, Herr Staatssekretär – früher gab es hanebüchene Meldungen in der Öffentlichkeit –, aber sie müsste weiter verbessert werden. Es muss endlich einmal klar am Tisch gesagt werden, wann es endlich so weit ist und was es kostet.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): So ist es!)

Als Problem sehe ich die unzureichende Zusammenarbeit der externen Dienststellen mit den Behörden vor Ort bei der Auswahl der Standorte. Wir haben immer wieder Petitionen im Innenausschuss vorliegen, in denen Leute andere Standorte vorschlagen oder Leute sagen, dass sie nicht gefragt bzw. schlecht informiert worden sind, dass sie einen anderen Standort auf dem gleichen Grundstück angeboten hätten usw., aber dann ist es wegen 60.000 oder 70.000 Euro an Mehrkosten nicht berücksichtigt worden. Das alles müsste zügiger über die Bühne gebracht werden.

Natürlich sind es Details, sind es diese kleinen Ausnahmen, die in der Bevölkerung einfach Unmut verbreiten und zu Frustration bei den Hilfsorganisationen, bei der Polizei und auch bei den Bürgern führen. Wir haben die Frustration in den Gemeinden, weil auch dort das Ganze nicht so lief, wie es hätte laufen können. Wir haben eine massive Verunsicherung der Bürger. Wir haben auch diese Gesundheitsrisiken, die generell mit dem Funk verbunden sein mögen. Wir sind uns darüber klar, dass diese von diesem Funk nicht ausgehen, aber sie werden halt immer wieder als Argument gebracht.

Hierbei muss die Öffentlichkeitsarbeit deutlich besser werden. Ich bin gespannt auf die Antworten zu den gestellten Fragen und hoffe, dass sie uns letztlich weiterhelfen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat der Kollege Jürgen Mistol von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Was lange währt, wird endlich gut – so heißt es im Volksmund. Doch beim Aufbau des digitalen Behördenfunks in Bayern kann davon keine Rede sein.

Als "finanziellen Blindflug" hat der ORH das Ganze in seinem Jahresbericht 2013 kritisiert. Vernichtender hätte das Urteil an einem Projekt dieser Größenordnung wirklich nicht ausfallen können.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Damit reihen Sie sich, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, beim Missmanagementranking ganz vorn ein, ich würde sagen, neben einem deutschen Großflughafen und neben einem schwäbischen Tiefbahnhof.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Bayern hinkt beim Digitalfunk meilenweit hinterher. Während in nahezu allen anderen Bundesländern der Betrieb bereits aufgenommen wurde, gibt es in Bayern auf der bundesweiten Digitalfunkkarte immer noch große weiße Flecke, sozusagen analoge Inseln im Digitalfunkmeer.

Ich habe kürzlich – Kollege Lederer hat schon darauf hingewiesen – eine Anfrage dazu gestellt, muss allerdings sagen: Die Antwort war schon sehr kryptisch. Dass der Landtag oder in dem Fall auch ich umfangreich informiert worden sei – diese Behauptung, lieber Kollege Lederer, weise ich zurück. Wenn die Antworten fast noch kürzer sind als die Fragen, dann heißt das schon relativ viel.

Wenn Sie jetzt weiterhin keine Auskunft geben wollen, wie angekündigt, dann verstärkt das wirklich den Eindruck, dass in Sachen Digitalfunk wohl noch einiges im Argen liegt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Durchführung des Projekts ist in Bayern von Anfang an aus dem Ruder gelaufen. Sie wollten einen Digitalfunk der Premiumklasse, und jetzt rächt es sich, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, so blauäugig – man könnte auch sagen: naiv – an die ganze Sache herangegangen zu sein. Statt bei der Festlegung der technischen Aus-

stattung und Standards Alternativen zu prüfen und eine Kosten-Nutzen-Schätzung zu erstellen, wie es die Bayerische Haushaltsordnung eigentlich vorsieht, haben Sie die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit kurzerhand über Bord geworfen.

Die Folge ist auch gerade genannt worden: Eine Kostenexplosion von derzeit über 400 Millionen Euro, angefangen von der mangelnden Gesamtkostenschätzung bis zur fehlenden Kosten-Nutzen-Schätzung. Es ist zu bezweifeln, dass damit wirklich das Ende, in diesem Fall vielleicht nicht der Fahnenstange, aber doch gewissermaßen des Funkmastes erreicht ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Wahrnehmung der Einführung des Digitalfunks in der Öffentlichkeit katastrophal ist. Ein schwerer Fehler war dabei die ewige Geheimniskrämerei um die Standorte der Funkmasten. Noch immer gibt es hier Streitigkeiten. Doch anstatt sich mit den betroffenen Gemeinden um Kompromisslösungen bei der Standortwahl zu bemühen, wird immer noch der Holzhammer ausgepackt, ganz nach der Devise "Friss, Vogel, oder stirb".

Wir hatten gestern im Kommunalausschuss noch eine Petition zu diesem Thema. Da wurden Bürgerinnen und Bürger mit einem Standort konfrontiert, obwohl vor Ort Verhandlungsbereitschaft hinsichtlich eines Alternativstandortes besteht. Man kann also sagen: Von Beteiligung und Einbeziehung der Öffentlichkeit fehlt jede Spur. Zur schnellen Einführung sind aber Kooperation und enges Einvernehmen mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern dringend notwendig. Nicht nur deshalb steht der Termin eines bayernweiten Betriebs des Digitalfunknetzes erneut auf der Kippe.

Aufgrund des anstehenden G-8-Gipfels im Juni 2015 in Elmau soll sich der Ausbau des Netzes jetzt auf das Oberland konzentrieren. Schließlich will sich Bayern bei einem derartigen Großereignis von internationaler Bedeutung nicht dadurch blamieren, gerade vor Ort immer noch im analogen Steinzeitalter zu stecken. Damit der Digitalfunk rund um Elmau richtig steht, hat Staatsminister Herrmann gestern schon Verzögerungen beim Ausbau in anderen Netzbereichen, in Niederbayern und in der

Oberpfalz, angekündigt. An die paar Monate, mit denen da an Verzögerung zu rechnen sei, mag ich allerdings angesichts von Pleiten, Pech und Pannen der letzten Jahre nicht so recht glauben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNE haben die Einführung des Digitalfunks in Bayern von Anfang an unterstützt; denn es ist aus Sicherheitsgründen unabdingbar, dass Polizei und Rettungskräfte endlich über leistungsstarke und abhörsichere Kommunikationsmittel verfügen, insbesondere bei Katastrophen und Großschadensereignissen. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die SPD mit ihrem Antrag versucht – so muss man das wohl sagen –, Licht ins Dunkel zu bringen; denn es ist nach wie vor offen, ob, wann und mit welchem finanziellen Aufwand endlich eine flächendeckende Nutzung des Digitalfunks in Bayern erreicht werden kann. Weil dies offen ist, verstehe ich nicht, Herr Kollege Lederer, warum Sie diesem Antrag nicht zustimmen wollen.

Es ist ein Armutszeugnis für CSU und Staatsregierung, dass Bayern seit dem Startschuss für dieses Bund-Länder-Projekt im Jahr 2007 als einziges Bundesland noch immer im digitalen Funkloch steckt. Legen Sie im Interesse der öffentlichen Sicherheit endlich die Karten auf den Tisch. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Ihnen mitteilen, dass zu diesem Dringlichkeitsantrag von der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Da die 15 Minuten mit diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr erreicht werden, werde ich die namentliche Abstimmung dazu nach dem nächsten Tagesordnungspunkt durchführen. Dies nur zur Information. – Als nächster Redner hat Herr Staatssekretär Gerhard Eck das Wort. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

(Zuruf von der SPD: Jetzt bin ich ja gespannt!)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Viele Dinge sind angesprochen worden, zum Teil durcheinander; zum Teil wurden sie aus dem Kontext herausgerissen und ohne Zusammenhang dargestellt. Deshalb ist es mir ein Anliegen, das eine oder andere ein Stück weit zurechtzurücken.

Ich möchte mit dem einfacheren Diskussionsbeitrag vom Kollegen Hanisch beginnen. Kollege Hanisch, Sie haben im Wesentlichen deutlich gemacht, dass Sie in Bezug auf Unterrichtung und Berichterstattung nicht ausreichend informiert worden seien. Da bin ich sprachlos. Ich verstehe es fast nicht; denn bei jeder Besprechung, bei jeder Berichterstattung habe ich noch einmal nachgefragt: Ist noch etwas offen? Gibt es weitere Fragen? Die Antwort: Nein. Heute höre ich hier vom Rednerpult, dass da Dinge offen geblieben seien. Das verstehe ich nicht. Weil hier der Eindruck vermittelt wird, dass von der Staatsregierung, vom Minister oder von meiner Seite nicht rechtzeitig und nicht richtig informiert worden sei, will ich diesen Punkt auch noch einmal ansprechen und Ihnen Folgendes dazu sagen:

Am 23.02.2011 wurde über den Stand des Netzaufbaus, über die Kooperation mit den Gemeinden und die Entwicklung der Projektkosten diskutiert. Da wurde bis ins kleinste Detail unterrichtet.

Am 14.03.2012 wurde über den Stand von Netzaufbau und Migration sowie über das Sonderförderprogramm für die Beschaffung von Endgeräten bis ins letzte Detail diskutiert. Am 11.07.2012 wurde wiederum über den aktuellen Sachstand und die Kostenentwicklung berichtet und im Detail informiert.

(Zuruf der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Am 10.07.2013 wurde zum Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofes informiert. In dem jetzt von der SPD geforderten Bericht sind genau die gleichen Details wieder angesprochen. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, Sie müssten es gerade wissen, denn von Ihnen stammte letztlich der Antrag - ich sage Ihnen sogar das Datum -,

nämlich vom 18.06.2013. Zu diesem Antrag und den darin aufgeworfenen Fragen wurde in der Sitzung vom 10.07.2013 mündlich informiert

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Seitdem nicht mehr!)

und auch noch am 04.07.2013 ausführlich schriftlich berichtet. Jetzt frage ich Sie schon: Was wollen Sie denn noch mehr? All diese Aussagen – sowohl die mündlichen als auch die im schriftlichen Bericht - können nachgelesen werden. Zu diesen Aussagen stehen wir auch heute noch.

(Beifall bei der CSU – Zuruf: Taten statt Worte!)

Es wird ein Bericht gefordert, und jetzt komme ich zu dieser unsäglichen Aussage "Fußballweltmeisterschaft 2006". Liebe Damen und Herren, einige reden hier, ohne zu wissen, über was sie reden.

(Zuruf der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger (SPD))

Es geht um ein Bundesprojekt, das 2007 an die Länder übergeben worden ist. Folglich kann es im Jahr 2006 nicht fertig sein. Die Schuld wird immer der Bayerischen Staatsregierung, den Verantwortlichen in Bayern, in die Schuhe geschoben. Das ist falsch. In der Schule heißt es: Setzen, Sechs. Ich lasse das so nicht stehen.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist ein Projekt, das ständig weiterentwickelt wird. Die BDBOS in Berlin setzt Standards fest. Deshalb ist der frühere Kostenansatz, der nicht nur von Bayern, sondern auch vom Bund geliefert worden ist, neu kalkuliert worden. Deshalb sind wir auch auf die Summe von 1,07, also 1,1 Milliarden Euro, gekommen. Herr Mistol, ich möchte Ihnen etwas auf den Weg mitgeben: Wissen Sie eigentlich, was in diesen 1,1 Milliarden Euro enthalten ist? Wir sind das einzige Bundesland, das die Kosten inklusive der Betriebskosten bis ins Jahr 2021 hochrechnet. Das tut kein anderes Bundesland. Wenn wir die Betriebskosten herausnehmen und uns alles schönrechnen, wie andere

Länder es tun, sieht es bei uns auch ganz anders aus. Wir tun das aber nicht. Wir gehen ehrlich vor. Deswegen haben wir auch so tolle und ausgezeichnete Finanzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssten gemerkt haben, warum bei der Berichterstattung als Fertigstellungsdatum das Jahr 2015 genannt wurde. Wir haben den Fertigstellungstermin auf 2014 gelegt, aber fast 100 Standorte zusätzlich aufgenommen. Wenn wir ein solches Qualitätsprojekt installieren, das zugegebenermaßen Geld kostet, muss es besser sein, muss es perfekt sein. Deshalb sind die Alpen- und Gebirgsregionen noch einmal mit 80 bis 100 zusätzlichen Standorten aufgenommen worden. Deshalb war eine Verlängerung des Fertigstellungstermins auf das Jahr 2015 nötig. Sie können doch hier nicht kritisieren, wenn Sie den Grund dafür nicht nennen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich könnte noch viele Punkte ansprechen. Ich möchte nur sagen, dass wir nicht hinterhinken. Wir benötigen 885 Standorte. Sie haben über Berlin mit 40 Standorten und Bremen mit 28 Standorten gesprochen. Ich sage Ihnen: Wir brauchen in Bayern 885 Standorte.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schaffen wir das noch in dieser Legislaturperiode?)

- Lieber Herr Pohl, erkundigen Sie sich zuerst, bevor Sie sich melden!

(Beifall bei der CSU)

Von diesen 885 Standorten sind 750 fertiggestellt. Nennen Sie mir ein anderes Land, wo eine solche Zahl an Basisstationen ausgebaut wurde. Sie werden keines finden. 58 Standorte befinden sich in der Bauphase. Es hat sich noch eine Differenz ergeben, weil wir die Alpen- und Gebirgsstandorte nicht einfach nach Plan errichten können; denn es gibt neue Messformen und Messmethoden. Wir entwickeln Standort für

Standort weiter, weil sie unheimlich viel Geld kosten. Deshalb haben wir als Fertigstellungstermin das Jahr 2015 genannt.

Ich könnte noch viele Themen ansprechen, glaube aber, dass das nicht nötig ist. Ich möchte noch eines anmerken: Sie sprechen immer über andere Länder. Wir haben das Projekt so weiterentwickelt, dass sich andere bei uns die Konzeption abholen. Wir haben die nichtstaatlichen BOS in das Projekt integriert. Das gibt es in keinem anderen Land. Bei uns ist die Feuerwehr am Sender. Das muss man wissen. Die Integrierten Leitstellen sind bei uns ebenfalls im Projekt enthalten. Das gibt es auch in keinem anderen Land. Wir sind voll im Kostenansatz. Ich verstehe deshalb den Antrag nicht.

Jetzt komme ich zum Stichwort Objektversorgung. Das ist keine öffentliche Aufgabe, sondern Aufgabe des Betreibers. Wir lassen die Eigentümer dieser Objekte nicht im Regen stehen, sondern begleiten sie. Ich war erst gestern am Flughafen. Wir entwickeln mit der Bahn und mit den Kaufhäusern Konzepte. Die Objektversorgung ist nicht Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung. Wir stehen jedoch helfend an der Seite der Eigentümer.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie sagen, was es Tolles zum Essen gibt, lassen aber die Leute hungern!)

Wir berichten dann, wenn das angemessen ist und wenn es neue Fakten gibt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich stelle fest, dass Ihr Minister Dr. Beckstein das Jahr 2006 als Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Digitalfunks genannt hat. Insofern fällt die Kritik auf Sie selbst zurück. Ich stelle weiter fest, dass es keine transparente Informationspolitik

ist, unseren Antrag, dem Landtag einen Bericht zu geben, abzulehnen. Seit einem Jahr hat sich einiges getan. Das Parlament hat ein Recht darauf, Antworten auf die noch offenen Fragen zu bekommen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich frage Sie schon: Müssen wir darauf warten, bis Sie persönlich, die CSU-Fraktion oder das Ministerium bereit sind, wieder einmal Informationen zu geben, oder ist es unser Recht als Parlamentarier, dann Fragen zu stellen und von Ihnen Antworten einzufordern, wenn wir das für angebracht halten?

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Schmitt-Bussinger. Herr Staatssekretär, nur zu Ihrer Information: Herr Pohl hat sich auch noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult, wenn Sie mit Ihrer Antwort fertig sind.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche nicht zu flüchten. So viel Substanz kann ich vorweisen, dass ich diese Wortbeiträge aufnehmen kann. Zu Ihnen, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger: Ihre erste Aussage war eine Feststellung. Darauf brauche ich nicht einzugehen. Sie haben die Frage gestellt, wann wir wieder berichten. Ich kann Ihnen das genau erklären: Wir berichten, wenn Sie uns eine Liste mit Fragen bringen, die noch nicht gestellt und noch nicht beantwortet wurden. Solche Fragen werden wir beantworten. Das ist selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Staatssekretär. Jetzt hat noch Herr Kollege Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatssekretär Eck, nachdem Sie um diese Zwischenbemerkung gebeten haben,

werde ich Ihnen diese Bitte gerne erfüllen. Zunächst einmal stelle ich fest: Wir diskutieren über dieses Thema, seit ich in diesem Hause bin, also seit 2008 und lange zuvor. Ich stelle Ihnen eine Frage: Ist Ihnen bekannt, dass wir zurzeit sogar Haushaltsmittel für den Analogfunk eingestellt haben, weil wir gemerkt haben, dass der Digitalfunk zu dem vorgesehenen Zeitpunkt nicht fertig wird?

Die zweite Frage möchte ich wirklich von Ihnen beantwortet bekommen: Können Sie hier sicher und zweifelsfrei bekunden, dass der Digitalfunk störungsfrei in ganz Bayern, in allen Polizeipräsidien, bis zum Ende dieser Legislaturperiode läuft, vorausgesetzt, die Legislaturperiode endet wie vorgesehen im Jahr 2018?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pohl. Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Die letzte Frage beantworte ich zuerst: Wir haben die Terminpläne bisher eingehalten. Wo sie verändert worden sind, hatte das Gründe, zum Beispiel die Verbesserung des Standards. Ich habe das begründet. Wir halten diesen Termin ein. Folglich ist die Frage mit dieser Aussage beantwortet.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja oder nein?)

- Ja, der Termin wird eingehalten. Was war die nächste Frage?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Analogfunk!)

- Zu der Kosteneinstellung im Haushalt für den Analogfunk. Herr Kollege Pohl, wenn Sie nicht nur mit einem privaten Haushalt zu tun haben, wissen Sie Folgendes: Ein Betrieb, der sich ein Gerät mit einer Lieferzeit beschafft, muss, wenn das aktive Gerät kaputtgeht, Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, um die Arbeiten weiter erledigen zu können. So ist es beim Analogfunk auch. Der digitale Funk ist noch nicht fertig. Laut Terminplan ist das auch noch gar nicht möglich. Wir haben Teile, die kaputt sind und ergänzt werden müssen. Durch Veränderungen und Ähnliches gibt es Fälle, bei denen

der analoge Funk ausgebaut werden muss. Für solche Fälle und aus Sicherheitsgründen ist dieses Geld vorgesehen. Diese Frage ist damit beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatssekretär. Damit sind alle Wortmeldungen erledigt. Die Abstimmung findet erst nach dem nächsten Tagesordnungspunkt statt, weil wir noch nicht die nötigen 15 Minuten Vorlaufzeit erreicht haben.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Es fehlen nur noch zwei Minuten!)

- Ich gehe nach den Regeln vor. Wenn es noch nicht so weit ist, hilft auch der gute Wille nichts. Die Zeit muss abgelaufen sein.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich komme nun zurück zur namentlichen Abstimmung über den Antrag zum BOS-Digitalfunk. Dass ist der Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/2398. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.46 bis 13.51 Uhr)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Professor Dr. Peter Paul Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "BOS-Digitalfunk in Bayern", Drucksache 17/2398, bekannt. Mit Ja haben 66, mit Nein haben 81 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.06.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion SPD; BOS-Digitalfunk in Bayern (Drucksache 17/2398)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holettschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander			
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	81	0